

Perspektiven des österreichischen Kapitalismus in der nächsten Periode

Wirtschaftliche Perspektiven

Österreich und die Weltwirtschaft

1. Ausgangspunkt für die Erstellung der Perspektiven des österreichischen Klassenkampfes ist die internationale ökonomische und politische Entwicklung. Von ihr, und nicht von der sozialpartnerschaftlich geprägten österreichischen Nachkriegsmentalität, werden die Impulse ausgehen, die die kommenden Ereignisse in Österreich prägen werden.
2. Im Kern der marxistischen Wirtschaftsanalyse steht das Investitionsverhalten des Kapitals. Die Akkumulationsgeschwindigkeit lässt uns am direktesten den Gesundheitszustand des Wirtschaftssystems diagnostizieren. Hier zeigt sich: Die weltwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte ist vor allem von einem Rückgang der Investitionsquote gekennzeichnet (siehe Abbildung 1, oben). Ein sinkender Anteil des neu geschaffenen Werts wird in die Produktion reinvestiert. Dieser Trend ist in den fortgeschrittensten Staaten(-blöcken) besonders prononciert – in den USA, in Japan und in der EU (siehe Abbildung 3).
3. Damit einher geht der langfristige Anstieg der Arbeitslosenquote, da das durch die Investitionen vorgestreckte Kapital nicht groß genug ist, um das Arbeitskräftepotential aufzusaugen.
4. Der weltweite Rückgang der Investitions- und Sparquoten wurde von der Entwicklung in den industrialisierten Ländern bestimmt. Die entwickelten kapitalistischen Nationen verzeichneten seit 1970 einen starken Rückgang, während der Anteil der Peripherie am Sparen und Investieren hingegen anstieg (von 15% 1970 auf heute 30%): Die entwickelten kapitalistischen Nationen erlebten einen schnelleren Rückgang der Investitions- und Sparquoten als die schwächeren kapitalistischen Länder und die Erdöl produzierenden Staaten (siehe Abbildung 1, Mitte und unten).

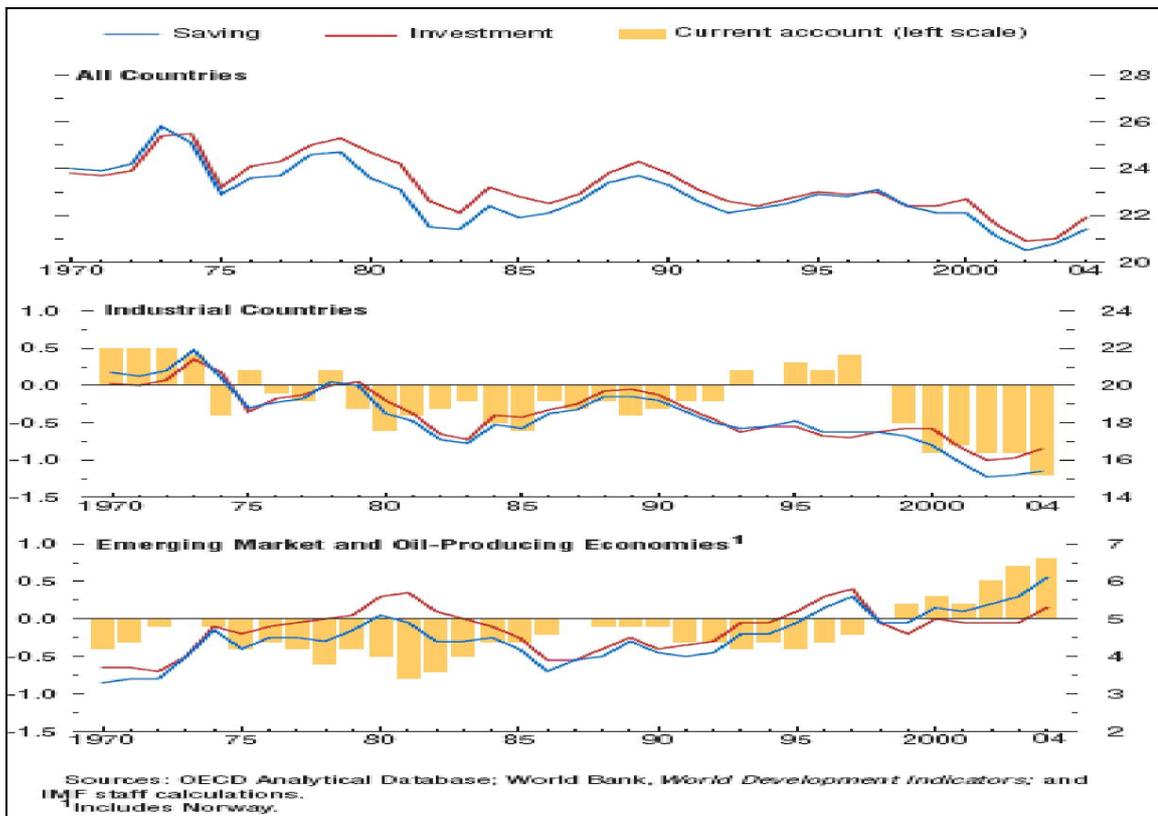


Abbildung 1: Sinkende Investitions- und Sparquoten weltweit, steigende nur in den ölproduzierenden und Entwicklungsländern. Seit 1997 drastisches Ungleichgewicht – v.a. aufgrund des Handelsbilanzdefizits der USA.

5. Zwei Faktoren wirken der weltwirtschaftliche Schwäche seit dem Ende des relativ langen Aufschwungs der 1990er entgegen: Einerseits die rasante Entwicklung Chinas, andererseits die vom v.a. privaten Konsum getragene Erholung der USA. Diese beiden Entwicklungen hängen eng miteinander zusammen und bedingen sich gegenseitig.

6. Fast die Hälfte des chinesischen BIP wird wieder investiert (vgl.: Abbildung 2) – und zwar v.a. im Infrastrukturbereich, im Industriesektor (Fahrzeugherstellung, Aluminium, Zement usw.) und am Immobilienmarkt. Diese Werte sind historisch einmalig. Sowohl Betriebe in Staatsbesitz als auch private Unternehmen sind hochprofitabel. Die Anlagenerweiterungen saugen Arbeitskraft auf und geben dem Programm der Restauration des Kapitalismus etwas Spielraum. Gleichzeitig bereitet diese Entwicklung allerdings eine Überproduktionskrise vor, die große politische Erschütterungen bis hin zum Aufleben der sozialistischen Bewegung hervorrufen kann.

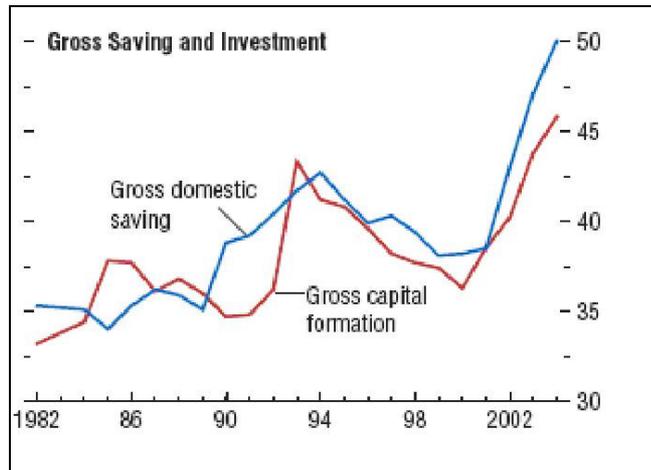


Abbildung 2: Wachstumsmotor China

7. Der Aufschwung in den anglosächsischen Ländern stützt sich auf eine Konsumfreudigkeit der BürgerInnen, die realwirtschaftlich nicht gedeckt ist. Sie wird von einer Spekulationsblase am Immobilienmarkt und staatlicher Ausgabenpolitik getragen. Die privaten Haushalte fühlen sich subjektiv reicher und konsumieren als ob es kein Morgen gäbe. Die private Sparquote in den USA ist seit Ende der 1990er negativ, d.h. die Haushalte geben pro Jahr mehr aus als sie einnehmen. Obwohl die Unternehmen weniger investieren (d.h. mehr sparen) befindet sich auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote der US-Wirtschaft wegen des unter der Bush-Administration stark ausgeweiteten US-Bundesbudgetdefizit unter dem Nullpunkt. Der zusätzliche Konsum führt zu ständig steigenden Importen. Das Handelsbilanzdefizit soll 2005 fast 800 Milliarden US-Dollar betragen. Zum Vergleich: Unter der Reagan-Administration galten 25 Milliarden Dollar bereits als besorgniserregend (vgl. Abbildung 3 – orange Balken).

8. Hinzu kommt das Moment der internationalen Verflechtung. Der US-Aufschwung wird durch ausländische Zentralbanken (allen voran China und Japan) finanziert, welche ihre Exportindustrie nicht durch eine Rezession in den USA beeinträchtigt sehen wollen. Im Jahr 2004 wurden 75% des gesamten Defizits der USA von ausländischen Zentralbanken gedeckt, die chinesische Zentralbank soll 2005 allein 40% des US-Kapitalbedarfs aufbringen. Und China hat zur Zeit allen Grund dazu: 2005 soll bereits die Hälfte seines BIP durch den Außenhandel erwirtschaftet werden (17% Wirtschaftswachstum für 2005 geschätzt!). Chinas großer Handelsbilanzüberschuss mit den USA bringt Devisen, die wiederum am amerikanischen Kapitalmarkt veranlagt werden. Durch den Handelsbilanzüberschuss haben sich in den vergangenen Jahren insgesamt 800 Milliarden US-Dollar auf den Konten der Bank of China (vgl. Abbildung 3), und 850 Mrd. US-Dollar auf jenen der Bank of Japan angesammelt (vgl. Abbildung 3).

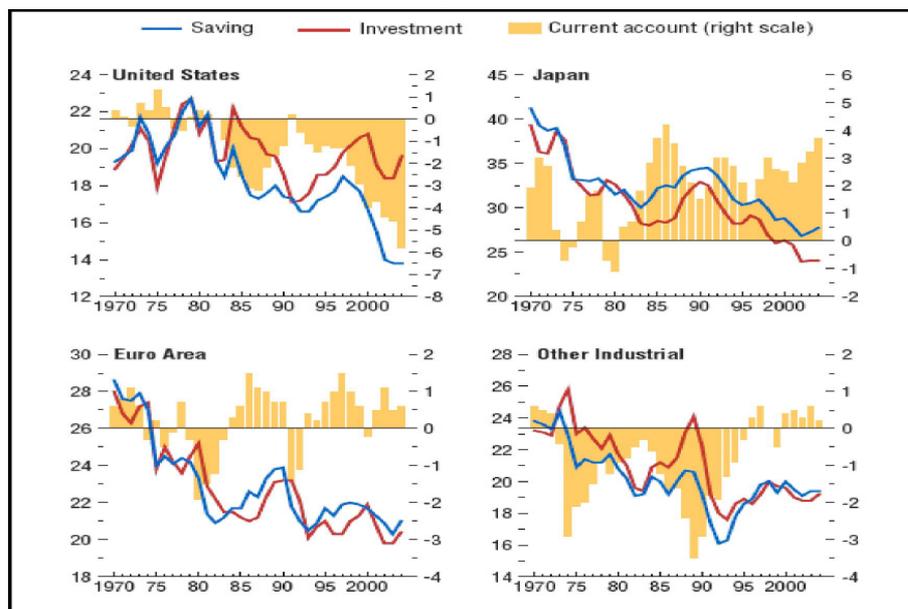


Abbildung 3: V.a. die USA und Japan bewirken die globalen Ungleichgewichte

9. Die US-NotenbankerInnen sind in einer schwierigen Lage: Sie müssen das Zinsniveau anheben, um ausländische InvestorInnen bei Laune zu halten – gleichzeitig droht die Anhebung der Zinsen zusammen mit dem Energiepreisanstieg das Investitions- und Konsumklima zu beeinträchtigen. Ebenso führt die Angst des Finanzkapitals vor Inflation (welche v.a. von den Energiepreisen gespeist wird) im Euroraum zu einer Wiederanhebung des Zinsniveaus.

10. Ein "New Great Game" um die weltweiten Öl- und Gasreserven ist entbrannt, was einen enormen Risikofaktor für die Weltwirtschaft darstellt. Und mit China ist ein neuer Global Player hinzugekommen. Der Ölpreis hat gemessen am US-Produktionspreisindex einen historischen Höchststand erreicht und bedroht die Konjunktur in den USA – und weltweit. Grund für den drastisch steigenden Ölpreis (seit 2002 hat sich der Ölpreis pro Fass von 20 US-Dollar auf heute 60 US-Dollar verdreifacht) sind einerseits der Aufschwung in China (40% des Zuwachses am weltweiten Erdölbedarf der letzten vier Jahre), und andererseits die instabile Lage im Nahen Osten, in Venezuela, im Kaukasus usw. Die Förderkapazitäten sind fast zur Gänze ausgeschöpft und bieten keinen Spielraum für angebotsseitige Preissenkungen.

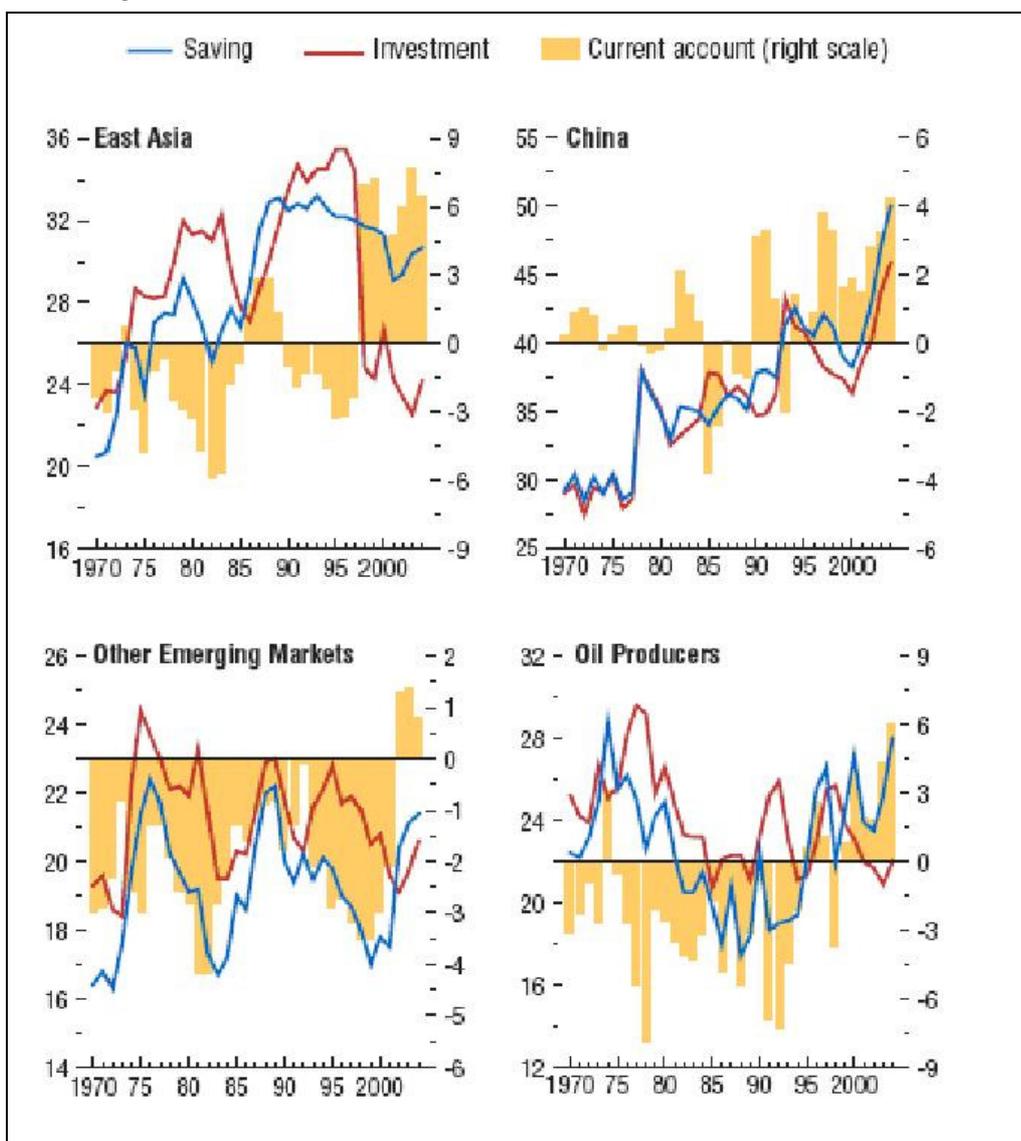


Abbildung 4: Ostasien wirkt dem globalen Spar- und Investitionstrend entgegen, ebenso die ölproduzierenden Länder

11. Die Weltwirtschaft befindet sich damit in einer äußerst instabilen Situation der Verflechtung – und das vor dem Hintergrund sinkender Investitionswilligkeit des Kapitals und sich verschärfender Interessengegensätze im imperialistischen Wettstreit um Absatz- und Rohstoffmärkte. Alles hängt am seidenen Faden der weiteren Entwicklung in den USA. Man braucht sich gegenseitig, und ist sich dennoch der schärfste Widersacher. Zur Zeit überwiegen die zentripetalen Kräfte. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die wirtschaftlichen und politischen Spannungen zu einer Abwertungsspirale, zu protektionistischen Maßnahmen und zur Desintegration der Weltwirtschaftsbeziehungen führen können. Kein Land würde sich diesem Schock entziehen können.

12. Der wirtschaftliche Einbruch der USA, der im Grunde nur mehr eine Frage der Zeit ist, wird aufgrund der starken wechselseitigen Abhängigkeit eine Schockwelle über die ganze Welt aussenden. Mögliche Katalysatoren für den Crash gibt es viele: Einerseits wird früher oder später die Immobilienblase platzen. Steigende Kreditzinsen werden die privaten Haushalte zwingen, ihren Konsum einzuschränken. Dieser negative Nachfrageschock würde die Weltwirtschaft hart treffen. Andererseits könnte eine politische Erschütterung in China sofort auf die US-

Wirtschaft durchschlagen und damit die wirtschaftliche Situation in China im Gegenzug empfindlich treffen. Die europäische Industrie wiederum, die sich durch Exportwachstum zu retten sucht, ist völlig von dieser Entwicklung abhängig.

13. Auf Ebene der Weltwirtschaft ist daher in den kommenden Jahren von großen Erschütterungen auszugehen. Auch die StrategInnen des internationalen Kapitals sind besorgt: Der ehemalige US-Notenbankchef Paul Volker rechnet in den kommenden fünf Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von 75% mit einer tiefen internationalen Finanzkrise. Wie ein "soft landing" angesichts der massiven Ungleichgewichte noch aussehen könnte, davon hört man allerdings nichts. Österreich wird sich dieser Entwicklung nicht entziehen können – gerade auch wegen seiner steigenden Außenhandelsverflechtung und seines Kapitalexports.

Österreich

14. Die Produktions- und gesamte Wirtschaftsstruktur Österreichs richtet sich zunehmend auf den Export aus (vgl. Abbildung 5). Wifo-Chef Karl Aiginger schätzt, dass inklusive Dienstleistungen bereits die Hälfte des österreichischen BIP durch Exporte erwirtschaftet wird. Damit steigt die direkte Abhängigkeit von der internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Von 2,2% BIP-Wachstum 2004 sollen 1,8 Prozentpunkte (d.h. ca. 80% des Zuwachses) vom Außenhandel generiert worden sein. Ohne diesen Faktor wäre Österreich knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt. Jahrzehntlang war die österreichische Handelsbilanz negativ, weil Österreich mehr Güter importiert als exportierte. Seit 2002 ist sie deutlich positiv (vgl. Abbildung 6).

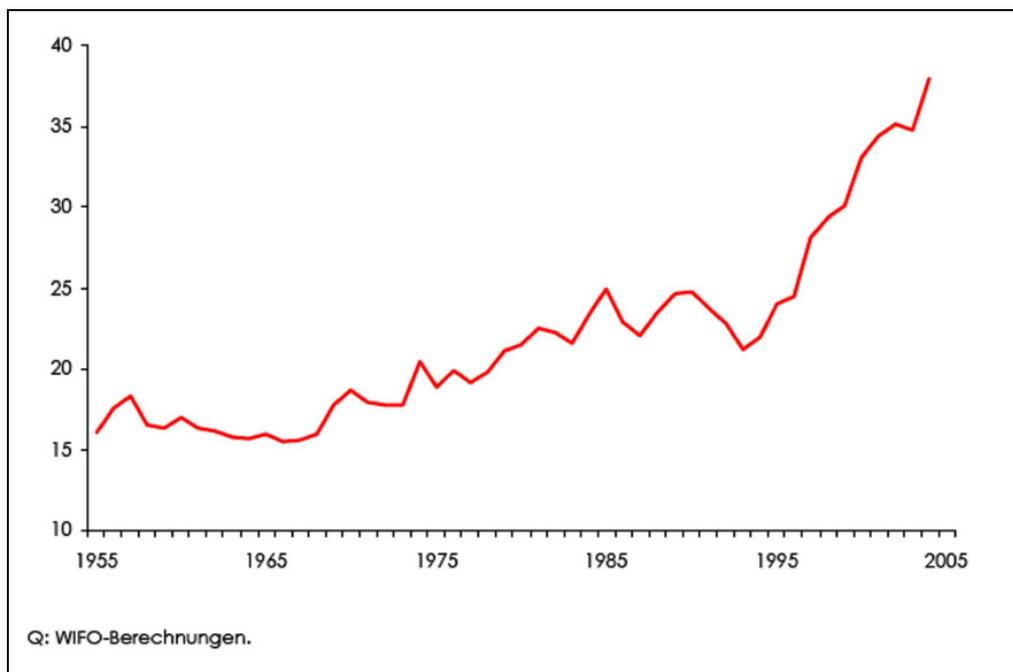


Abbildung 5: Anteil der Exporte Österreichs am BIP (Quelle: Wifo)

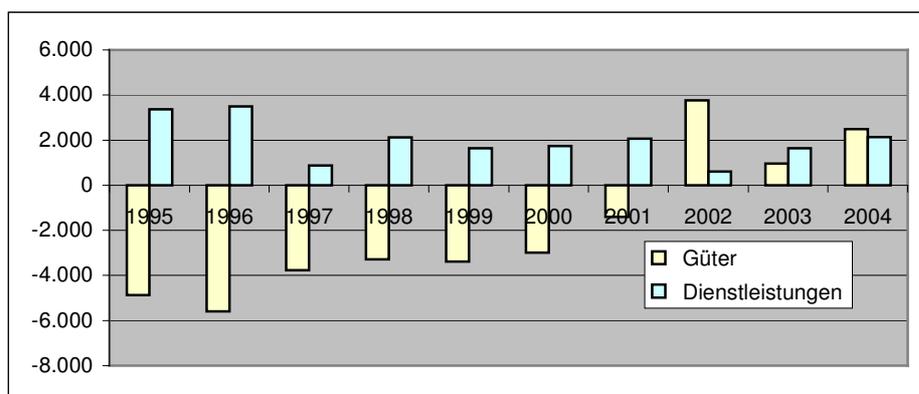


Abbildung 6: Handels- und Dienstleistungsbilanz (Quelle: Österreichische Nationalbank)

15. Dieser strategischen Orientierung wird alles unterworfen. V.a. die Entwicklung der Löhne und Gehälter muss der Außenhandelsorientierung entsprechen. Die Lohnabschlüsse 2004 lagen mit 2,1% nicht nur unter der Produktivitätsentwicklung, sondern auch unterhalb der Inflationsrate (was auch 2005 der Fall sein wird). Der langfristige Trend in Richtung Umverteilung des Volksvermögens von der Arbeit zum Kapital setzt sich fort: Der Anteil der Lohneinkommen am Gesamteinkommen sank von 72% im Jahre 1976 auf 58% im Jahre 2004. (siehe Abbildung. 7)

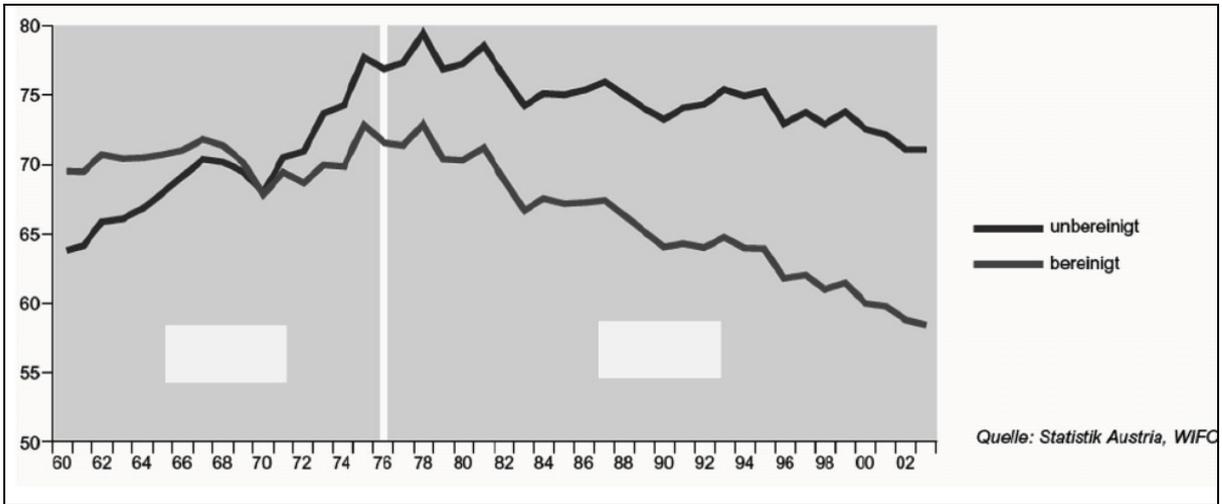


Abbildung 7: Umverteilung von Arbeit zu Kapital geht weiter

16. Durch die geringe Steuerbasis liegt die tatsächliche Körperschaftssteuer deutlich unter dem offiziellen Wert von 25%. Kombiniert mit Produktivitätssteigerungen und geringen Lohnabschlüssen hat sich der "Standort Österreich" international nach vorn gearbeitet (vgl. auch die Entwicklung der Lohnstückkosten, Abbildung 8) Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Inlandskonsum wider. Er wächst unterdurchschnittlich: Nulllohnstunden, Lohnzurückhaltung und hohe Arbeitslosigkeit haben das KonsumentInnenvertrauen sinken lassen. Das Wachstum im Handel blieb weit hinter der industriellen Produktion zurück (vgl. Abbildung 9). Die wirtschaftliche Situation wird nur durch den Export aufge bessert – ohne diesen Impuls gäbe es kaum Wachstum und die Lage am Arbeitsmarkt wäre noch dramatischer. Zusätzlich zur Weltkonjunktur belebten vorgezogene Investitionen 2003 und 2004 die Konjunktur (+9,5% jährlich an Investitionszuwächsen gegenüber 1,1% im Euroraum und einem Rückgang um 3,5% in Deutschland). Dabei handelte es sich aber zum Teil um vorgezogenen Investitionen, weil mit Jahresende 2004 die staatlichen Investitionszuwachsprämie auslief. Unterstützt wurde der Investitionsboom durch äußerst niedrige reale Zinsen. Die kurzfristigen realen Zinsen sind seit Mitte 2004 negativ, langfristige Kapitalinvestitionen sind mit knapp über einem Prozent langfristiger Realzins fast kostenlos. Dieser vom Außenhandel und vom Staat subventionierte Aufschwung reichte aber nicht aus, die schlechte Lage am Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Er führte nur zu einer stärkeren Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse.

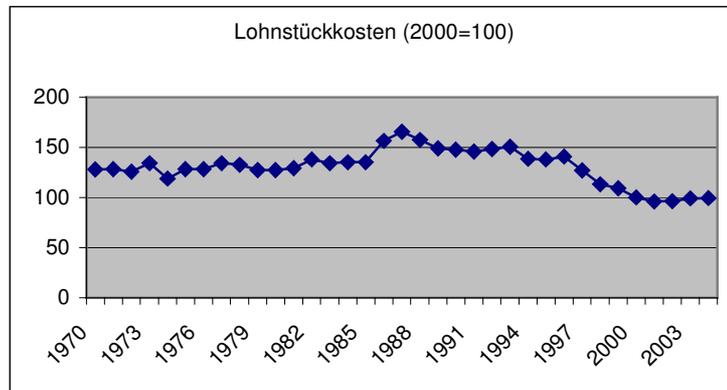


Abbildung 8: Seit Ende der 1980er sinken die Lohnstückkosten – ein Maß für die Steigerung der Ausbeutung

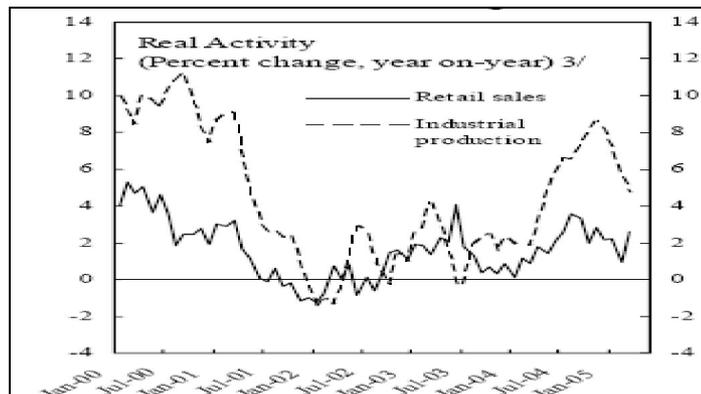


Abbildung 9: Österreichs Industriewachstum ist vom Export getragen – der Inlandskonsum bleibt zurück (Quelle: IWF – World Economic Outlook)

Österreichischer Imperialismus

17. Die HaupthandelspartnerInnen Österreichs sind weiterhin die EU-15 Länder. Knapp 60% der Exporte und fast zwei Drittel der Importe beziehen sich auf diese Länder. Knapp 12% der Ausfuhren gehen nach Mittel- und Osteuropa und 10% der Einfuhren kamen von dort. Südosteuropa spielt in absoluten Zahlen noch eine geringe Rolle (4% der Exporte), die Nachfolgestaaten der UdSSR ebenso (2,5%).

18. Österreich wurde allerdings in den vergangenen Jahren weniger abhängig von Deutschland – v.a. durch seine wachsende, eigenständige Rolle im Osten. 1994 gingen 40% aller Exporte nach Deutschland und 8% in die zentral- und osteuropäischen Länder, 2004 waren die Zahlen 32% bzw. 16%. Der Anteil der restlichen Welt stieg seit 1992 von 24% auf 31%. Die Produktionsteilung mit den neuen Nachbarländern ermöglicht es, den Radius der österreichischen Exporte bis nach den USA auszuweiten.

19. Die Veränderung der Warenströme spiegelt allerdings nur begrenzt die Entwicklungsdynamik wider. Das Zeitalter des Imperialismus ist in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem vom Kapitalexport gekennzeichnet (vgl. Abbildung 10). Und hier geht die Entwicklungstendenz noch deutlicher Richtung Osten. Bis in die 1980er Jahre gab es fast keine ausländischen Direktinvestitionen Österreichs in anderen Volkswirtschaften. Seither hat der direkte Kapitalexport stark zugenommen: Österreich hat die Privatisierungswellen nach dem Zusammenbruch des Stalinismus genutzt. Das österreichische Kapital hat sich dadurch von der wirtschaftlichen Entwicklung der EU etwas unabhängiger machen können: Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Russland sowie der gesamte Balkan – der "Hinterhof Österreichs", wie ihn die österreichischen *Finanzmarktnachrichten* mit neuem Selbstbewusstsein bezeichnen – das sind die HoffnungsträgerInnen des österreichischen Kapitals.

20. 69% aller Aktien des Bankensektors Zentral- und Osteuropas befinden sich in ausländischer Hand. Ein Drittel davon gehört dem österreichischen Kapital – Österreich ist damit die dominante imperialistische Kraft in der gesamten Region. Darauf folgen Italien (13,3%) und Belgien (10,3%). Deutschland (7,7%) und Frankreich (7,5%) landen weit abgeschlagen auf Platz vier und fünf. Die österreichischen Banken verdienen dabei soviel wie noch nie. Die BA-CA wird 2005 1,1Milliarden Euro Gewinn machen (nach Steuern), die Erste Bank 660 Millionen, Raiffeisen Internation 390 Millionen. Aus dem Osteuropageschäft kommen etwa zwei Drittel der Gewinne.

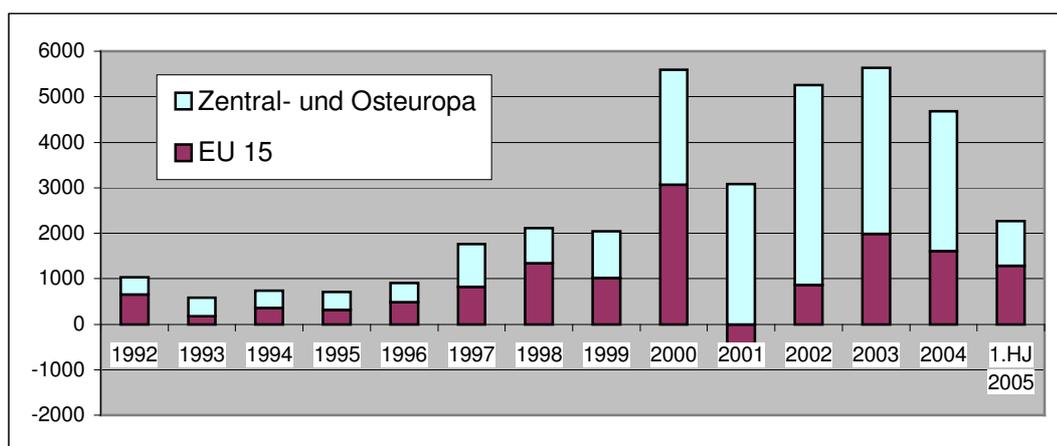


Abbildung 10: Direktinvestitionsströme pro Jahr in Millionen Euro. Die Zentral- und osteuropäischen Länder stehen im Zentrum der Strategie des österreichischen Kapitals. (Quelle: Österreichische Nationalbank)

21. Österreich ist größter Auslandsinvestor in Rumänien, Kroatien und Slowenien. Anfang 2004 gingen 36,8% der österreichischen ausländischen Direktinvestitionen in die Länder Zentral- und Osteuropas – und damit erstmals mehr als in die EU-15 (34,5%). 233.400 von insgesamt 327.700 Menschen, die österreichische Unternehmen im Ausland beschäftigen, arbeiten in diesen Ländern.

22. In der Folge soll die wachsende Rolle des österreichischen Imperialismus an Hand einiger bedeutender Beispiele nachgezeichnet werden. So befindet z.B. in Ungarn die zweitgrößte Retailbank des Landes, die Postabank, im Besitz der Erste Bank.

23. Während in Tschechien und der Slowakischen Republik die beherrschende Stellung von Deutschland und den Niederlanden gehalten wird, will Österreich vor allem den Balkan, das traditionelle Einflussgebiet des österreichischen Imperialismus, unter seine Kontrolle bringen. Diese Region wies im Zeitraum von 2000 bis 2004 ein reales Wirtschaftswachstum von 23% auf. Seit dem österreichischen EU-Beitritt 1995 haben sich die Exporte nach Südosteuropa bis 2004 verdreifacht (auf 4,8 Milliarden Euro) – fast so viel wie nach ganz Asien exportiert wird. Dieser Aufschwung fußt im Wesentlichen allerdings auf einer Modernisierung der Produktionsmittel und einer verstärkten Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse. Denn diese großen Wachstumsraten führten zu keiner Entspannung am Arbeitsmarkt.

24. Das österreichische Kapital hält auch in Serbien die dominierende Stellung im Banken-, Versicherungs- und Leasingsektor; im letzteren hat es einen Marktanteil von 90%. Der Konsumsektor in Serbien boomt derzeit aufgrund von Leasing von Fahrzeugen und anderen Konsumgütern – ausländische Waren werden dafür importiert.
25. Die *Finanzmarktnachrichten* 10/05 bezeichnen Kroatien bereits als Österreichs "erweiterten Heimmarkt". Österreich exportierte 2004 Waren und Dienstleistungen in der Höhe von 1,2 Milliarden (+17,9%) nach Kroatien, während sich die Importe auf 584 Millionen beliefen. 26% aller ausländischen Direktinvestitionen in Kroatien kommen aus Österreich, wodurch eine Präsenz in beinahe allen Bereichen der kroatischen Wirtschaft erreicht werden konnte.
26. Österreich exportierte zuletzt Güter im Wert von 227 Millionen im Jahr nach Bosnien-Herzegowina. Drei der fünf größten Banken des Landes befinden sich in österreichischem Besitz.
27. Österreich exportiert Waren und Dienstleistungen im Wert von 389 Millionen Euro nach Bulgarien, ein Zuwachs von 31,5%. Gleichzeitig stiegen die Importe aus Bulgarien um 28,3% auf 202 Millionen Euro. Österreich ist hier zweitwichtigster Investor hinter Griechenland. Die Mobilkom kaufte sich in den Telekommunikationssektor ein.
28. Seit 1990 investierte das österreichische Kapital fast sieben Milliarden Euro in Rumänien und beschäftigt hier rund 100.000 ArbeiterInnen. Die OMV übernahm die Petrom (Marktführer bei Öl), die Brau Union hat einen Marktanteil von 35%, Raiffeisen hat sich zur größten Privatbank gemausert. Die Erste Bank kaufte im Dezember 2005 die rumänische Großbank BCR um 3,85 Mrd. Euro, die bislang größte ausländische Aquisition des österreichischen Kapitals. Derzeit verhandelt Raiffeisen International um den Erwerb der zweitgrößten Bank des Landes. Eybl ist einer der größten Lieferanten für die Fahrzeugindustrie. Baumit beherrscht den Baustoffmarkt. Die Wienerbergergruppe ist in führender Position vertreten. Die Gesamtexporte nach Rumänien liegen inzwischen bei 1,2 Milliarden Euro jährlich, denen Importe von über 700 Millionen Euro gegenüberstehen.
29. Der Balkan ist traditionelles Streitobjekt verschiedener imperialistischer Nationen. Keine regionale wirtschaftliche Macht kann es sich aber leisten, ihren ökonomischen Einfluss nicht militärisch abzusichern. Die radikale Exportstrategie des österreichischen Kapitals wird den Druck in Richtung eigener "battle groups" und einer Modernisierung der Heeresausstattung zwangsläufig erhöhen.
30. Die ArbeiterInnenbürokratie ist in ihrer Eigenschaft als Kapitalistin ganz vorn im Rennen um Osteuropa dabei, und investiert über ihre finanziellen Verstrickungen hier kräftig; gleichzeitig will sie ihre Marktposition in Österreich weiter ausbauen. Die italienische Unicredit, welche die BA-CA-Mutter HVB aufgekauft hat, will die BA-CA in einen Österreichteil (der mit der BAWAG zu einer roten Großbank fusionieren könnte) und in einen Osteuropateil (der das gesamte Unicreditgeschäft der Region managen soll) spalten.

Arbeitsmarkt und Beschäftigungsstruktur

31. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich seit 1970 kontinuierlich verschlechtert – nicht nur prozentuell, sondern auch absolut. Im Jahresdurchschnitt waren 2005 absolut etwa 45.600 Personen weniger unselbständig beschäftigt als noch zehn Jahre zuvor. V.a. die Beschäftigung in der Industrie ist weiter rückläufig. 1993 waren noch 487.412 Menschen in der industriellen Produktion beschäftigt, im 2. Quartal 2005 waren es nur mehr 385.656 – ein Rückgang um ein Fünftel.

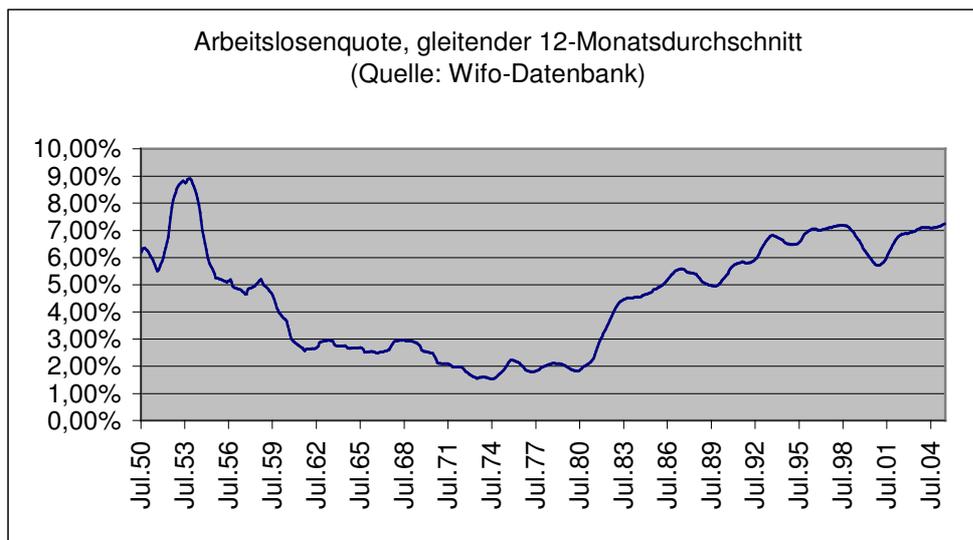


Abbildung 11: Arbeitslosenquote 1950 bis 2005 – österreichische Berechnungsart

32. Für den Jänner 2006 werden 378.000 Arbeitslose erwartet. Der exportgetragene Aufschwung der letzten Jahre hat zu keiner Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt. Vor allem sind die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit älterer Lohnabhängiger in den letzten Jahren stark angestiegen. 10.698 Jugendliche waren im Juli 2005 ohne Lehrstelle (+12,5% im Vergleich zum Vorjahr). Durchschnittlich kam auf vier Stellensuchende

eine offene Stelle. Im Österreichdurchschnitt waren 17% aller 15 bis 24-Jährigen arbeitslos (und da sind jene, die sich nicht in Ausbildung befinden, noch gar nicht mitgerechnet), 18,7% aller über 50-Jährigen.

33. Doch diese Zahlen sagen nicht die ganze Wahrheit. Denn Beschäftigung ist nicht gleich Beschäftigung: Wer nur eine Stunde pro Woche arbeitet, gilt nicht als arbeitslos. In der Tat erleben wir neben der oben genannten Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch eine Zunahme von Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hat sich von 137.000 (1995) auf 233.000 (2005) um fast 100.000 erhöht. Dabei entfallen etwas mehr als 70% auf Frauen. Das heißt, dass die Beschäftigung noch stärker zurückgegangen wäre, hätte es keine Ausweitung der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gegeben. Ein Symptom einer strukturellen Krise.

Zukünftige Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse

34. Auf dem Wunschzettel von IWF, OECD, der Industriellenvereinigung usw. stehen ganz oben: Verwaltungsreform, "Harmonisierung" der Beamtenpensionen, Gesundheitsreform und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Der österreichische Verfassungskonvent hat gezeigt, dass mit der ÖVP, welche die föderale Struktur Österreichs widerspiegelt, keine großen Verwaltungseinsparungen zu machen sind. Im Bereich der Gesundheitsreform würde eine bürgerliche Regierung den Weg der Selbstbehalte und der Leistungskürzungen gehen. Unter sozialdemokratischen Ägiden ist die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragshöhe und damit eine stärkere Belastung der ArbeiterInnenklasse wahrscheinlicher. In jedem Fall kommen hier also massive Belastungen auf die ArbeiterInnenklasse zu.

35. Bei einer Umfrage unter 350 Top-Managern stand im Bereich der Reform des Arbeitsmarktes der Wunsch nach Arbeitszeitflexibilisierung ganz oben (93%). Dabei ist die reale Arbeitszeit bereits äußerst unterschiedlich. Das 40-Stunden-Arbeitsverhältnis ist längst nicht mehr die Norm. Laut einer Studie der AK Oberösterreich arbeiten 9% bis 20 Stunden pro Woche, 12% von 20-35 Stunden, 44% von 35-40 Stunden, 17% 40-45 Stunden und 18(!)% über 45 Stunden. Für 35% der österreichischen Lohnabhängigen ist die 40-Stunden-Woche also noch immer nicht Realität. 42% haben keine fixen Arbeitsbeginn- und -endzeiten, nur 65% arbeiten jede Woche die gleiche Anzahl von Tagen (EU-Minimum!), 48% arbeiten eine unterschiedliche Stundenanzahl pro Woche, 27% arbeiten regelmäßig am Samstag, 14% am Sonntag. Während von einer bürgerlichen Regierung weitere Einschnitte im Arbeitsrecht zu erwarten sind, wird eine sozialdemokratische Regierung staatlich subventionierte Billigjobs fördern, mit denen der Arbeitsmarkt aufgeweicht werden soll. Aus der gleichen Logik heraus unterstützen ÖGB und SPÖ Maßnahmen wie das Jugendausbildungssicherungsgesetz.

36. Allen Bekenntnissen zur Stärkung der Binnennachfrage zum Trotz wird eine mögliche Regierung unter sozialdemokratischer Führung bzw. Beteiligung den Bedürfnissen des österreichischen Kapitals entsprechen wollen. Das bedeutet ein unbedingtes Bekenntnis zur Exportorientierung. Die Sozialdemokratie wird sich auf den Standpunkt des österreichischen Kapitals stellen – in der Hoffnung, dass vom internationalen Erfolg auch etwas für die heimische ArbeiterInnenklasse abfallen wird, von der sie ihre Legitimation bezieht. (Dass das so selbstverständlich nicht ist, zeigen die Gehaltsverhandlung des Bankensektors, wo entsprechend dem Wunsch KapitalvertreterInnen, die enormen Gewinnzuwächse den Lohnabhängigen nicht zu Gute gekommen sind.)

37. Die Argumentation dafür kennen wir schon von sog. FriedensexpertInnen wie Thomas Roithner, dem Autor der SJ-Militarisierungsbroschüre: Die EU soll sich als weltweite "Sozial- und Friedensmacht" gegen die USA positionieren. Wer sich aber erst einmal auf den internationalen Wettstreit im Rahmen des Kapitalismus eingelassen hat – wenn er auch scheinbar den moralisch verwerflichen Seiten des Imperialismus abschwört – wird ins militärische Kräftemessen hineingezogen werden oder den Kürzeren ziehen. Die "sozialstaatlichen" Prinzipien der EU werden als ultima ratio gegen den "Kasinkapitalismus" der USA ins Treffen geführt werden. Im Endeffekt handelt es sich dabei aber nur um zwei Kehrseiten der selben Medaille. Und diese – genannt Kapitalismus unter den Vorzeichen einer zunehmend krisenhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung – ist es auch, welche die politische Entwicklung der nächsten Jahre auch hierzulande bestimmen wird.

Politische Perspektiven

Politische Perspektiven im Licht der internationalen Entwicklung

38. Die Weltsituation ist von großer Instabilität geprägt; die Entwicklung der Situation in Österreich ist aufs Engste mit jener der Welt verbunden. Änderungen der Weltlage können sich stark auf die österreichische Entwicklung auswirken. Unter den momentanen Bedingungen bedeutet dies in der Regel eine Beschleunigung und Verschärfung der Prozesse in Österreich. Folglich bilden die Weltperspektiven den Rahmen der österreichischen Perspektiven. Alles Folgende muss unter den Bedingungen eines absoluten Ungleichgewichts auf Weltebene betrachtet werden, das sich in rapiden Wechsels der ökonomischen und politischen Situation äußern kann, die bei einer ausschließlichen Betrachtung der österreichischen Realität gar nicht absehbar wären. Alleine die Folgen einer weltweiten Wirtschaftskrise hätten dramatische Auswirkungen auf Österreich und würden die folgenden nationalen Perspektiven völlig verändern. Die gesamte Weltwirtschaft und damit auch die österreichische Wirtschaft wird jedoch ausschließlich von den Booms in der USA und China getragen, die jederzeit in sich zusammenbrechen können, da der eine auf einem gigantischen Schuldenberg und der andere auf einer ebenso gigantischen Überproduktion fußt.

39. Gleichzeitig sehen wir eine zunehmende Instabilität in den internationalen Beziehungen, ein Auseinanderfallen der internationalen Staatengemeinschaft, der Europäischen Union, der UNO und der NATO in imperialistische Machtblöcke, die sich im Kampf um Einflusszonen gegenüberstehen. Auch Österreich kann durch sein wirtschaftliches Engagement in Osteuropa, von dem es das Wohl und Wehe seiner Ökonomie abhängig gemacht hat, in diesen Strudel der militärischen und diplomatischen Abenteuer gezogen werden. Die europäische Perspektive, die einen immens wichtigen Bestandteil der Ideologie des österreichischen BürgerInnenentums und besonders der ReformistInnen spielt, offenbart sich immer mehr als Utopie und bringt sich dadurch mehr und mehr in Misskredit. Gleichzeitig ist die nationale Perspektive für ein kleines Land wie Österreich, das noch dazu keine relevante nationale KapitalistInnenklasse sein eigen nennt, nicht gangbar.

40. Die krisenhafte ökonomische und politische Entwicklung der Welt entfaltet ihren Einfluss nicht nur objektiv auf die ökonomische und politische Entwicklung unseres Landes; sie schlägt sich auch subjektiv im Bewusstsein der Massen nieder. Nichts wird jedoch so einen großen Einfluss auf das Bewusstsein der österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen haben wie der internationale Klassenkampf. Dieser wirft nämlich im Unterschied zu den anderen weltweiten Entwicklungen nicht nur Probleme auf, er trägt auch Lösungsansätze in sich. Die österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen werden nicht wie in den 1960er und 1970er Jahren den internationalen Klassenkampf an sich vorüberziehen lassen. Die universalen Probleme des Kapitalismus sind heute auch österreichische Probleme – und universale Probleme erfordern universale Lösungen. In Zukunft werden Anstöße des internationalen Klassenkampfes auf ein aufnahmeberechtigtes Publikum treffen, da das Klassenbewusstsein, wie verwirrt und nachhinkend auch immer, in den letzten Jahren auch in Österreich enormen Entwicklungen begonnen hat. Der eine oder andere wichtige Fortschritt im revolutionären Prozess in Lateinamerika, ein beginnendes Überschwappen des Prozesses auf andere Teile der Welt, oder eine neue Welle militanter Klassenaktionen in Europa, wie sie sich in Italien, Griechenland, Belgien, Frankreich, aber auch in Deutschland vorbereitet, werden nicht spurlos an den österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen vorübergehen und könnten den weiter unten beschriebenen Lauf der Dinge durcheinanderbringen. Ein Zerschlagen der großen Koalition in Deutschland, begleitet von einem Aufbrechen offener Klassenkämpfe und einem Linksruck der SPD, wie sie der führende Stratege des deutschen Kapitals Wolfgang Schäuble vorausgesagt hat, hätte die größten Folgen für eine österreichische Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie. Die Formation kämpferischer Gewerkschaftsflügel in Deutschland, ein Linksruck der Labourparty, der im übrigen nur noch eine Frage der Zeit ist – all das würde die Situation beeinflussen. Nicht abzusehen wären die Folgen eines Bruchs mit dem Kapitalismus in Venezuela. Auf so einen Bruch dürfen wir uns keinesfalls verlassen, weil er alles andere als gewiss ist, aber die Weltsituation ist auf der anderen Seite heute dergestalt, dass wir uns von solchen und ähnlichen dramatischen Veränderungen nicht auf dem falschen Fuß überraschen lassen dürfen.

41. Objektiv betrachtet befinden wir uns weltweit in einer Phase der kapitalistischen Krise. Die Widersprüchlichkeit der Situation liegt jedoch darin, dass das Bewusstsein hinter dem objektiven Sein hinterherhinkt. Das Sein bestimmt letztlich das Bewusstsein, aber das Bewusstsein ist von Natur aus träge und holt sprungartig in Schocks auf. Durch das Vakuum in der Linken haben wir heute eine Situation, in der die objektive Entwicklung äußerst reif und fortgeschritten, das Bewusstsein aber gleichzeitig äußerst rückständig ist. Dieser Widerspruch ist so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte und kann nicht bestehen bleiben; er muss sich in einer Anpassung des Bewusstseins an die objektive Realität auflösen, die abwechselnd verzögert und schockartig erfolgen wird. Die Bewegung des Bewusstseins ist nicht linear, sondern geprägt von abwechselnden Phasen der Erfahrung in der Aktion und der kollektiven Verarbeitung des Erlebten in Nachdenkprozessen. Phasen in denen das Bewusstsein der Klasse in sich geht, sind notwendig, damit das Bewusstsein in einer späteren Phase aus sich herausgehen kann, um sich in Klassenkämpfen sichtbar zu machen. Diese Kämpfe müssen wieder verarbeitet werden. Dabei gehen nicht alle Teile der Klasse in die selbe Richtung. Nach verlorenen Kämpfen zieht sich die Masse enttäuscht zurück, während eine Minderheit Schlüsse zieht. Wenn sich die Masse, gezwungen durch die Realität, nach einer kürzeren oder längeren Pause wieder zum nächsten Kampf sammelt, findet dieser dadurch auf einer höheren Ebene statt.

42. Die Schwäche der revolutionären Kräfte kann die Entwicklung der revolutionären Prozesse und der Klassenkampfprozesse enorm verzögern. Zwischen dem Abflauen einer Klassenkampfwelle und dem Wiedererscheinen des Klassenkampfes auf höherer Qualität kann eine ausgedehnte Zeit der scheinbaren Ruhe eintreten, die RevolutionärInnen in die Irre führen kann, wenn sie rein bei der Betrachtung der Oberfläche stehen bleiben. Nur mit dem Kompass der marxistischen Dialektik, der die Tendenzen unter der Oberfläche zeigt, können MarxistInnen unter den gegebenen Bedingungen die Ereignisse richtig deuten und auf dieser Basis beeinflussen. Es gilt, den molekularen Prozess des Klassenkampfes bereits im Verborgenen zu erfassen, um von diesem zum gegebenen Zeitpunkt nicht überrascht zu werden und dann auf die Bühne der Geschichte treten zu können.

Die bürgerlichen Parteien

43. Die politische Situation in Österreich ist im Wesentlichen durch die Schwäche der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet. Diese drückt sich zuerst einmal durch die Spaltung des sogenannten dritten Lagers aus. Die FPÖ ist an ihrer Aufgabe als bürgerliche Partei, gemeinsam mit der ÖVP prokapitalistische Angriffe auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen durchzuführen, auf ganzer Linie gescheitert und zerbröselnd. Sie hat nur als rechtsexremes Projekt, das sich einer sozialen – mitunter auch antikapitalistischen – Demagogie bedient, eine Zukunft. Auf dieser programmatischen Grundlage ist die FPÖ eine äußerst unberechenbare und instabile Variable für das österreichische BürgerInnenentum.

44. Auch die Volkspartei ist durch die Wendejahre geschwächt. Zum einen war schon der letzte Wahlsieg der ÖVP kein Ausdruck einer strukturellen Stärke, über welche die ÖVP etwa in den 1950er und 1960er Jahren verfügte. Der Wahlsieg konnte sich nur deshalb materialisieren, weil die Masse der freiheitlichen WählerInnen mangels Alternativangeboten der SPÖ bei der ÖVP zwischengeparkt hat. Weil niemand die freiheitlichen WählerInnen bei ihren sozialen Interessen gepackt hat, entschieden sie sich für die Partei, die am glaubwürdigsten für die Politik eintritt, welche alle Parteien vertreten – die Politik des kapitalistischen Totalumbaus der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie hat zwar ihre Hochburgen (Gemeindebauten und Industriebezirke) zurückerobert. Aber nur ArbeiterInnen in gewerkschaftlich organisierten Großbetrieben konnten diesmal wieder an die Wahlen gebracht werden. Im weiten Land der Kleinbetriebe, den prekären Jobs und der individuellen Überlebensstrategie im Betrieb konnte die Sozialdemokratie nicht punkten. Hier, wo die kollektive gewerkschaftliche Strategie zur Interessensdurchsetzung eine Erfahrung vom Hörensagen ist, und die Sozialdemokratie es verabsäumt hat die WählerInnen bei ihren sozialen Interessen zu packen, wurden die ArbeiterInnen an den Wahlen ins bürgerliche Lager geholt. Vor allem Frauen und JungwählerInnen haben erstmals seit Jahrzehnten mehrheitlich für die ÖVP gestimmt. Diese WählerInnengruppen sind jene, die am häufigsten von prekärer Beschäftigung betroffen sind und keinen Bezug zu den Traditionen und kollektiven Durchsetzungsmöglichkeiten der ArbeiterInnenbewegung haben. In einer Zeit, wo alles auf wachsende Instabilität hindeutet, wo die Wirtschaft kriselt, wo in den Medien permanent von Krieg und Terror berichtet wird, darf es einen nicht verwundern, wenn diese Schichten der ArbeiterInnenschaft, die von den traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung völlig allein gelassen werden, ihre Hoffnung auf eine stabile bürgerliche Regierung, einen starken Mann im Kanzleramt setzen. Doch diese WählerInnenbasis der ÖVP ist eine volatile Größe. Seit der letzten Nationalratswahl hat die ÖVP mit Salzburg und der Steiermark zwei Hochburgen verloren und auch die Landtagswahl in Oberösterreich war für sie eine empfindliche Niederlage. Damit ist die ÖVP auf Landesebene so schwach wie nie zuvor in der österreichischen Geschichte. In den letzten Jahren hat die ÖVP eine Politik rein im Interesse des Großkapitals und der Banken gemacht und die Interessen der Landesorganisationen, der Bünde mit ihrer Klientel unter LandwirtInnen, BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen systematisch vor den Kopf gestoßen. Die Widersprüche in der bündische Struktur der ÖVP können jederzeit an die Oberfläche dringen.

45. Die Grünen sind in den letzten Jahren immer weiter nach Rechts gerückt. Dabei haben sie schon 2002 bei den Sondierungsgesprächen mit der ÖVP klar gemacht, dass sie jederzeit bereit wären, als Steigbügelhalter der ÖVP in eine Regierung einzutreten. Als nicht traditionelle bürgerliche Partei, mit einer für bürgerliche Parteien untypischen Geschichte, sind sie dennoch kein stabiler Partner des österreichischen BürgerInnentums. Schwarz-Grün würde sicherlich zu Konflikten in der grünen Partei führen; und es ist nicht sicher, wie die grüne WählerInnenschaft auf diesen offenen Bankrott reagieren würde. Allgemein gibt es eine mittelfristige Tendenz, dass die Grünen bei der zunehmenden Polarisierung der politische Arena als bürgerlich-liberale Kraft der Mitte zwischen den traditionellen rechten bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie aufgegeben werden. Dies zeigte sich schon bei den letzten Landtagswahlen, bei denen die Grünen sehr schlecht und unter allen Erwartungen abgeschnitten haben.

46. Folglich ist es für die Bürgerlichen, gerade nach zwei Legislaturperioden Schwarz-Blau, schwer, ohne die Sozialdemokratie zu regieren. Zudem gibt es im ganzen Land eine ausgeprägte Wendestimmung. Unter den Vorzeichen der Krise der bürgerlichen Parteien und der bedingten Mobilisierungen im Abwehrstreik rund um die Pensionsreform und beim EisenbahnerInnenstreik wäre es für die SPÖ ein leichtes, auf der Basis eines sozialen Programms und einer Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und der Jugend, bei den nächsten Wahlen einen Erdbebensieg einzufahren. In Wirklichkeit hält BürgerInnenblockregierung seit der Spaltung der FPÖ nur auf Grund der aktiven Unterstützung durch die SPÖ, die zur Zeit fast schon als Koalitionspartner der ÖVP auftritt und trotz schwerster Agonie des demokratisch nicht legitimierten BZÖ nicht einmal Neuwahlen fordert.

47. SPÖ und Gewerkschaft hätten offensichtlich die Möglichkeit, den Bürgerlichen eine historische Niederlage zu bereiten. Nur ihr Kuschelkurs ist dafür verantwortlich, dass diese bei der nächsten Nationalratswahl höchstwahrscheinlich ausbleiben wird, und auch der zu erwartende Sieg der SPÖ nicht so groß sein wird, wie es möglich wäre. Nur auf Grund der sich selbst verleugnenden Unterstützungspolitik der SPÖ und des ÖGB konnte 2005 ein Zusammenbruch der BürgerInnenblockregierung abgewendet werden.

48. An der Oberfläche scheinen in der Folge Sozialdemokratie und ÖVP etwa gleichstark. In Wirklichkeit beruht dieses scheinbare Gleichgewicht der Macht aber auf einem Gleichgewicht der Ohnmacht. Einem krisengeschüttelten und massiv geschwächten BürgerInnentum steht eine SPÖ-Führung gegenüber, die trotz dessen Schwäche vor dem Kapital auf den Knien rutscht und die ganze potentielle Stärke der ArbeiterInnenbewegung vollständig versteckt. Dieses Gleichgewicht der Schwäche kann eine Zeit lang sogar den Anschein der Stabilität erwecken – aber nur so lange, bis die ArbeiterInnenklasse als eigenständiger Faktor auch nur ansatzweise in Erscheinung tritt. Sobald diese im Klassenkampf auch nur einen Finger bewegt und damit einen Teil ihrer Macht zeigt, wird das momentane politische Gleichgewicht in sich zusammen brechen wie ein Kartenhaus. Die dahinterliegende Schwäche der Bürgerlichen wie die Schwäche der bürgerlichen Führung der SPÖ werden dann klar sichtbar zum Vorschein kommen.

Szenarien für die nächste Regierung

49. Der prokapitalistische Kuschelkurs von SPÖ und ÖGB macht eine sichere Aussage über den Ausgang der kommenden Nationalratswahl nicht möglich. Unklar bleibt dadurch das Rennen zwischen SPÖ und ÖVP, unklar bleibt aber auch inwieweit Strache mit seiner Rechtsaußen-FPÖ die frustrierten VerliererInnen der schwarz-blauen Wende mobilisieren kann oder inwieweit dies der SPÖ gelingt. Deshalb können wir keine hundertprozentig sichere Prognose erstellen. Klar ist, dass unter den wirtschaftlich instabilen Rahmenbedingungen in Europa und weltweit

und insbesondere unter dem Damoklesschwert einer möglichen weltweiten Rezession jede kommende Regierungskonstellation die kapitalistische Offensive und die Angriffe auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen und die Zukunftschancen der Jugend fortsetzen muss. Eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes, eine Gesundheitsreform, die weitere Privatisierung (insbes. auch im Sozial- und Gesundheitsbereich) und harte Attacken auf der betrieblichen Ebene stehen an und machen jede kommende Regierung zu einem instabilen Abenteuer.

50. Unter den möglichen Szenarien ist eine rot-schwarze oder schwarz-rote Koalition am Wahrscheinlichsten. Die SPÖ macht klar deutlich, dass ihr eine Koalition mit der ÖVP am liebsten ist. Sie befindet sich de facto schon seit der Spaltung der FPÖ in einem Bündnis mit der ÖVP. Auch in der ÖVP gibt es ernstzunehmende Anzeichen für eine zukünftige Koalition mit der SPÖ; zu instabil wären rein bürgerliche Koalitionen. Zudem gibt es das Vorbild einer schwarz-roten "Blut, Schweiß und Tränen-Koalition" in Deutschland, das manche bürgerliche StrategInnen auch in Österreich überzeugen mag. Dennoch können Schwarz-Blau und Schwarz-Grün nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Solch eine Regierung hinge aber von Anfang an an einem seidenen Faden. Ihre Folge wäre eine immense weitere Akkumulation der angestauten Widersprüche und eine zukünftige historische Totalniederlage der Bürgerlichen auf Jahre hinaus. Eine rot-grüne Koalition kann auch nicht vollständig ausgeschlossen werden. Sie käme dann zustande, wenn der Druck der ArbeiterInnenklasse auf die SPÖ zu hoch wäre, um ihr ein Zusammengehen mit den Schwarzen zu erlauben, oder wenn sich die ÖVP entschließt, wie die Volkspartei in Spanien eiskalt auf Polarisierung und Frontalopposition zu setzen, um schnellst möglich wieder über die Brechstange einer BürgerInnenblockregierung zu verfügen. In jedem Fall wären die Erwartungen der Jugend und der ArbeiterInnenklasse in eine rot-grüne Koalition größer als in eine rot-schwarze und ebenso die unausweichliche Enttäuschung. Die Folgen für den Klassenkampf und die Differenzierungsprozesse in ÖGB und SPÖ wären in beiden Fällen einer Regierungsbeilegung der SPÖ ähnlich. Die Enttäuschung der mitunter großen Hoffnungen in die SPÖ würden einer linksoppositionellen Strömung in der Sozialdemokratie den Boden aufbereiten. Zu bemerken ist allerdings, dass die Regierungspolitik der SPÖ auf verschiedene Teile der Partei verschiedene Auswirkungen haben wird. Für den fortschrittlicheren, mutigeren Teil der Partei wird sich der Aufbau eines linken Flügels als Notwendigkeit erweisen. Ein anderer Teil – der numerisch vermutlich größere – wird auf die Politik der SPÖ-Führung mit Inaktivität und teilweisem Rückzug aus dem politischen Leben reagieren. Eine wichtige Rolle wird dabei der Hinweis der SPÖ-FührerInnen auf die „Sachzwänge“, die sich in einer Koalition mit einer bürgerlichen Partei ergeben, spielen. Die Erkenntnis, dass in unserer Gesellschaft zwei Klassen tagtäglich in Gesellschaft und Betrieb für ihre vollkommen gegensätzlichen materiellen Interessen fechten, würde durch die Liaison der traditionellen Arbeitermassenpartei mit einer Partei des Bürgertums ungemeint erschwert werden. MarxistInnen müssen daher bereits während der Koalitionsverhandlungen massiv auf die damit verknüpften Gefahren – Behinderung der Entwicklung des Klassenbewusstseins und von der SPÖ mitverantwortete Konterreformen – hinweisen.

51. Trotz aller Möglichkeiten ist eine Regierungsbeteiligung der SPÖ äußerst wahrscheinlich und verdient unsere größte Aufmerksamkeit. Wichtig ist, dass es sich dabei nicht um eine einfache Rückkehr in die Zeit von Viktor Klima und Franz Vranitzky handeln wird. Zum einen würden das Tempo und die Härte der kapitalistischen Angriffe verschärft. An diesem Grundcharakter würden auch einzelne Minizuckerl an den Mittelstand, wie eine Steuerreform, die mittlere Einkommen entlastet, oder die angekündigte Rücknahme der Studiengebühren nichts ändern. Wir müssen also damit rechnen, dass eine Regierungsbeteiligung der SPÖ eher der Schröderregierung in Deutschland ähneln wird. Wir müssen mit einer Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Einschnitten in den Kündigungsschutz, mit weiteren Privatisierungen und drastischen Einsparungen im Gesundheitsbereich rechnen. Die Post wird, wenn nicht schon vorher, spätestens von der nächsten Regierung privatisiert werden. Kombiniert mit einem möglichen Übergang zum Berufsheer oder vorbereitend auf diesen, wird es zu weiteren Militarisierungsmaßnahmen kommen, die alleine schon durch die massiven österreichischen Wirtschaftsinteressen am Balkan notwendig sind. Wir können davon ausgehen, dass die steigenden Staatsausgaben im Bereich der Militarisierung weitere Sparmaßnahmen im Budget notwendig machen. Zudem werden in den privatisierten Betrieben und in den ohnehin privaten Betrieben frontale Angriffe auf die Beschäftigten erfolgen. Es wird vor allem weiterhin massiv und noch verstärkt versucht werden, die Arbeitsproduktivität und die Profitrate durch gnadenlose Intensivierung und Ausdehnung der Arbeitszeit zu erhöhen. Als Vorgeschmack darauf kann uns der Angriff der ÖBB auf den Kündigungsschutz dienen. Auch im Bildungsbereich sind weitere Angriffe nicht ausgeschlossen. So sind Belastungen hier, wenn nicht offen, so über die Hintertür der Universitäts- und Schulautonomie zu erwarten; es wird weiter versucht werden, im Bildungsbereich auf Kosten der Öffentlichkeit einen privaten "Hochleistungssektor" herauszubilden.

52. Der zweite Faktor, warum es nicht zu einer einfachen Wiederholung der Vorwendekoalition kommen wird, besteht darin, dass die neue Generation der österreichischen ArbeiterInnenklasse unter der Wenderegierung ihre ersten Erfahrungen mit dem Klassenkampf gemacht hat. Der EisenbahnerInnenstreik und der Abwehrstreik gegen die Pensionsgegenreform endeten zwar mit Niederlagen, viele Streikende haben aber das Gefühl gehabt, dass ihnen der Sieg von der Gewerkschaftsbürokratie genommen worden ist. Sie haben eine erste Ahnung ihrer potentiellen Stärke bekommen, und werden sich bei künftigen Kämpfen an diese Erfahrungen erinnern und auf diesen aufbauen. Gleichzeitig ist es seit 2000 im Vergleich zu der Zeit davor zu einer eindrucksvollen Politisierung der Jugend gekommen. Diese Faktoren sind auch der Grund, warum in Österreich nach einer kurzen Phase des Abwartens mit einem schnelleren Eintreten der ArbeiterInnenklasse in die Arena des Klassenkampfes gegen eine SPÖ-Regierung zu rechnen ist als in Deutschland unter Schröder. Wir haben der deutschen ArbeiterInnenklasse der Schröderzeit eben die Erfahrung der BürgerInnenblockregierung und das Wiedererwachen der Klasse und der Jugend voraus. Sobald der Klassenkampf nach einer kurzen Ruhepause in einer anderen Form als unter der Wenderegierung wie-

der vom Zaun brechen wird, ist mit Umgruppierungs- und Differenzierungsprozessen in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung zu rechnen.

Der molekulare Prozess des Klassenkampfes und seine Folgen für ÖGB und SPÖ

53. Die kommende Regierung wird – egal unter welcher farblichen Konstellation – eine weiterer historischer Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnen sein. Besonders dramatisch werden die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Angriffe auf den Kündigungsschutz ausfallen. Gleichzeitig wird sich die Offensive der KapitalistInnen auf Betriebsebene mit Entlassungen, Intensivierung und Ausdehnung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitsdrucks usw. zuspitzen. All dies wird zu einer Zeit statt finden, in der die ArbeiterInnen bereits erste Erfahrungen mit dem Klassenkampf und dem ÖGB gemacht haben. Wir können daher davon ausgehen, dass sich der Klassenkampf in der kommenden Periode kraftvoll weiterentwickeln wird, wenngleich diese Entwicklung auch immer wieder von Auf- und Abs sowie scheinbaren Phasen der Ruhe begleitet sein wird. Welche Form der Klassenkampf konkret annehmen wird, hängt aber von einer Regierungsbeteiligung der SPÖ und ihrer Form ab.

54. Kommt es zu einer weiteren Auflage einer BürgerInnenblockregierung, so wird es zu kräftigen offenen Klassenkampfauseinandersetzungen ähnlich wie im Jahr 2003 kommen. Der ÖGB wird gezwungen sein, zu mobilisieren. Wir müssen aber auch daran denken, dass die ArbeiterInnenklasse und vor allem ihre Avantgarde aus den Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Jahren ihre Schlüsse gezogen haben. Demnach hätten wir auch im Fall einer BürgerInnenblockregierung damit zu rechnen, dass sich der Differenzierungsprozess in ÖGB und SPÖ weiterentwickeln wird. Es werden sich alle möglichen Oppositionsgruppen auf der Ebene einzelner Betriebe wie den ÖBB oder auf Ebene des ÖGB bilden, diesmal allerdings politisch höherem Niveau als im Jahr 2003.

55. Unter den Bedingungen einer SPÖ-Regierungsbeteiligung wird es zunächst nicht zu offenen Klassenauseinandersetzungen kommen. SPÖ und ÖGB werden sich in diesem Fall frontal vor den Karren des Kapitals spannen lassen und alle Angriffe mittragen. In diesem Fall werden aber nach einer ersten Phase der Illusionen, des Abwartens und dann des Schocks die Differenzierungsprozesse in ÖGB und SPÖ noch viel machtvollere und dramatischere Ausmaße annehmen als unter einer BürgerInnenblockregierung. Wir können davon ausgehen, dass alle möglichen Formen von Netzwerken, Oppositionsgruppen, oppositionelle Stammtische, Basiskomitees und Plattformen entstehen werden, die versuchen werden, auf Betriebsebene und gesamtgesellschaftlich Widerstand zu leisten. Hier kann die Schröderregierung einen Vorgeschmack bieten, was zu erwarten ist. In Deutschland ist es sogar zu einer Abspaltung von der traditionellen ArbeiterInnenpartei in Form von der WASG gekommen. Ähnliche Tendenzen könnten auch in Österreich entstehen, wobei diese eher nicht den Schritt einer Abkoppelung von der Mutterpartei gehen werden. Nichts desto trotz würde das die erste Formation eines linken Flügels in ÖGB und SPÖ seit 1950 darstellen. Auf Grund des Fehlens einer Linkspartei in Österreich und der Krise aller bestehenden traditionellen Linksströmungen in der Sozialdemokratie wird die marxistische Tendenz eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielen.

56. Wir müssen uns insbesondere auch darauf vorbereiten, dass sich auf Betriebsebene Klassenkämpfe ergeben werden, die ähnlich wie in Italien oder in Deutschland sehr militante Züge annehmen könnten. Besonders bei den ÖBB wo die Firmenleitung bei der Umstrukturierung "3 Gänge" vorschalten will, und wo die Zerschlagung des Konzerns noch aussteht, wo gleichzeitig die Belegschaft über die Erfahrung des Streiks von 2003 verfügt, kündigen sich solche Kämpfe an. Auch in solchen Kämpfen kann die marxistische Tendenz mangels Unterstützung des ÖGB eine wichtige Rolle spielen und wie in Italien in die Rolle einer informellen Streikleitung oder eine BeraterInnenrolle gedrängt werden.

57. Wichtig ist es zu verstehen, dass die ArbeiterInnenklasse im Fall einer SPÖ-Regierungsbeteiligung vorerst nicht zu Widerstand im Stande sein wird, weil ihre Kampfinstrumente ÖGB und SPÖ zum Gegner überlaufen. Es kann eine Phase von sagen wir zwei Jahren eintreten, in der sich kaum etwas bewegt obwohl es zu historischen Angriffen kommt. Zu geschockt und überrumpelt wird die ArbeiterInnenklasse im ersten Moment sein. Aber genau in dieser Phase wird ein Differenzierungsprozess beginnen, der bedeutende Ausmaße annehmen wird, und der eine Explosion des Klassenkampfes in der Zukunft vorbereitet. MarxistInnen müssen verstehen, dass genau in dieser Phase der oberflächlichen Reaktion ein molekularer Prozess abläuft, der einer revolutionären Strömung das erste Mal seit 1950 in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung Boden unter den Füßen verschafft. Unsere Epoche ist gekennzeichnet durch das Hinterherhinken des Bewusstseins. Der Schock der Beteiligung von SPÖ und des ÖGB an einer kapitalistischen Offensivregierung ist notwendig, damit sich das Bewusstsein der Klasse auf die nächste Stufe hebt, wo es anfängt, für unsere Ideen empfänglich zu werden.

Jugendbewegung

58. Die Angriffe auf die Jugend werden unter jeder möglichen Regierungskonstellation weiter gehen. Die Universitäts- und auch die Schulautonomie ermöglichen es, dass Schulen und Universitäten autonom von der Regierung Angriffe wie Studiengebührenerhöhungen und Zugangsbeschränkungen verschärfen. Ein Drittel der österreichischen StudentInnen studiert auf Fachhochschulen, die schon fast völlig vom öffentlichen Bildungssystem abgekoppelt funktionieren. Das selbe gilt für die Lehrlingsausbildung, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit immer mehr von Staat übernommen wird und gleichzeitig zu einer Ausbildung zweiter Klasse herabgestuft wird. Die UnternehmerInnen werden von der Pflicht befreit, Lehrlinge auszubilden; Lehrlinge

werden verschärft selbst zur Kasse gebeten; sie werden völlig entrechtet, haben vermehrt keinen Anspruch auf eine betriebliche Interessenvertretung, was ihnen auch die Möglichkeit zu Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbürokratie und den Bossen schon in jungen Jahren nimmt, und ihre Entschädigung wird drastisch auf eine symbolische Summe gekürzt. Die Qualität der Ausbildung verkommt und die Lehrlingsausbildung wird zu einer Art Jugendklausurenmarkt umfunktioniert. Dieser Prozess wird unter einer SPÖ-Regierungsbeteiligung nur einen schöneren Namen bekommen, im Kern aber genau gleich stattfinden. Es werden immer wieder Bewegungen gegen Bildungsabbau und die schlechte Situation von Lehrlingen entstehen. Weil besonders die AKS, der VSStÖ aber auch die Rechten in SJÖ und ÖGJ unter einer SPÖ-Regierungsbeteiligung an der Leine der Regierung hängen werden, kommt der marxistischen Strömung in diesen Bewegungen die Rolle eines subjektiven Faktors zu.

59. Ein weiterer Angriff auf die Jugend liegt in der Militarisierung und dem militärischen Engagement in Osteuropa, die beide von jeder Regierung vorangetrieben werden müssen. Verwickelungen von Österreich in militärische und außenpolitische Abenteuer auf dem Balkan könnten einen Faktor in der Politisierung der österreichischen Jugend bilden. Es ist klar, dass früher oder später der österreichische Imperialismus auch auf dem Balkan in Kampfhandlungen verwickelt werden wird und auch dort seine unpopuläre Seite zeigen wird.

60. Ein weiteres Moment einer möglichen Jugendbewegung könnte steigender Rassismus sein, verbunden mit der Politik der FPÖ neu von Strache. Strache wird die Jugend immer wieder durch ungeheuerliche Aussagen und Kampagnen provozieren. Parallel dazu könnte es ein weiteres Ansteigen faschistischer Aktionen geben, die in der jetzigen Phase wie auch bisher nur die Rolle einer Radikalisierung und Politisierung der Jugend spielen können. Bereits jetzt hat sich die marxistische Strömung im antifaschistischen Kampf eine große Autorität erarbeitet, die es weiter auszubauen gilt.

61. Die Antiglobalisierungsbewegung hat sich methodisch und inhaltlich völlig erschöpft und wird nicht wieder in der alten Form losbrechen. Die heutige Jugend verlangt nach Ausdrucksformen, die klarere politische Perspektiven und organisatorische Methoden bieten. Hier könnte vor allem der revolutionäre Prozess in Lateinamerika eine Rolle spielen. Venezuela könnte die selbe Rolle spielen wie in der Antiglobalisierungsbewegung Seattle, nur in einer unaussprechlich höheren Qualität. Es könnte rund um die Prozesse in Lateinamerika eine neue internationale Bewegung entstehen, die sich gegen den Kapitalismus und den Militarismus der USA richtet. Der Lateinamerikagipfel und der Besuch von Bush im Mai in Wien könnten der Punkt sein, wo der Funke dieser Bewegung auf Österreich überspringt – ganz ähnlich wie das WEF in Salzburg der Punkt war, wo die Antiglobalisierungsbewegung unter einer gewissen Schicht von Jugendlichen in Österreich populär wurde. Das politische Niveau einer solchen Bewegung wäre aber viel höher, hätte klarere Perspektiven und wäre verknüpft mit der Frage einer revolutionären Organisation. Daher kann der Funke durch die Solidaritätsarbeit mit Venezuela und die Arbeit der MarxistInnen in Venezuela in dieser Bewegung eine herausragende Rolle spielen.

Die Sozialistische Jugend

62. Eine SPÖ-Regierungsbeteiligung wäre besonders für die Entwicklung in der SJÖ interessant. Zum einen wird es dazu kommen, dass die SJ-Rechte wieder von der Parteiführung gepuscht werden wird. Das Zentrum wird von Rechts bedrängt werden. Die marxistische Strömung wird als Antwort darauf eine Einheitsfront aller linken Strömungen vorschlagen. Zum anderen ist auch zu befürchten, dass die Führung der SJÖ anfänglich bis zu einem gewissen Grad eine Politik der Versöhnung mit der SPÖ machen wird. Sie wird es zumindest anfangs nicht wagen, durch Aktionen oder politische Statements die SPÖ-Führung frontal herauszufordern. Gleichzeitig wird durch die unverblühte Brutalität der SPÖ-Regierung für immer mehr Jugendliche und SJ-Mitglieder klar werden, dass die SJÖ auch unter einer SPÖ-Regierungsbeteiligung die Rolle einer kompromisslosen Opposition gegen die Regierung spielen muss. Es ist in dieser Situation die historische Aufgabe der SJÖ, das Vakuum links von der SPÖ politisch auszufüllen und als Kontrapunkt zur rechten Opposition der FPÖ für alle denkenden ArbeiterInnen und Jugendlichen die Fahne der linken Opposition gegen eine Regierung unter SPÖ-Beteiligung klar sichtbar zu hissen. Die SJÖ muss als politisch unabhängige Kraft gesellschaftlich in Erscheinung treten. Gerade weil es in Österreich keine Linkspartei gibt, wird es eine Dynamik in diese Richtung geben, die von den BasisaktivistInnen der SJÖ ausgeht und deren bewusster politischer Ausdruck die marxistische Strömung ist.

63. Trotz des Drucks von Seiten der Parteiführung auf die SJÖ, und trotz des Willens seitens der SJ-Führung, diesem Druck entgegen zu kommen, ist schlussendlich ein Rechtsruck der SJÖ äußerst unwahrscheinlich. Zu weit nach links ist die SJÖ in den letzten Jahren bereits gegangen, zu politisiert ist ihre Basis, und schlussendlich ist die marxistische Strömung zu stark, als dass so eine Entwicklung einfach möglich wäre. Würde die SJ-Führung offen den Kompromiss mit einer österreichischen Schröderregierung suchen, würde sich die gesamte Propaganda der marxistischen Strömung der letzten zehn Jahre offen vor der ganzen Basis bestätigen. Deshalb ist es wahrscheinlicher, dass die SJÖ schlussendlich unter dem Druck ihrer AktivistInnen und der marxistischen Strömung gezwungen sein wird, einen Kurs der Opposition einzuschlagen. Dieser Kurs wäre aber nur mit marxistischen Ideen und Methoden ernsthaft fortzusetzen.

64. Die SJÖ kann mit ihren 300-400 politisierten AktivistInnen klar als politischer Ausdruck der linken Jugend Österreichs gesehen werden und wird immer mehr von den Jugendlichen auch als solcher wahrgenommen werden. Eine starke marxistische SJ könnte in den kommenden Differenzierungsprozessen in der ArbeiterInnenbewegung von unschätzbarem Wert sein.

Schlussbemerkung

65. Wir treten in eine komplexe instabile Zeit ein, deren Verständnis nur mit dem Werkzeug der marxistischen Dialektik möglich ist. Perioden oberflächlicher Reaktion werden abgelöst werden von großartigen Klassenkämpfen. Daneben werden in der SJÖ, in der SPÖ und im ÖGB Prozesse stattfinden, die nicht mehr unter dem Mikroskop beobachtet werden müssen, sondern schon bald mit freiem Auge sichtbar werden und deren Resultate plötzlich kraftvoll und halbausgewachsen vor uns stehen werden, die am Ende also die molekulare Ebene verlassen.

66. Wichtig ist, dass wir als MarxistInnen – unabhängig von etwaigen Flauten an der Oberfläche – die grundlegende Tendenz der Entwicklung im Auge behalten und uns bewusst bleiben, dass gerade in der Zeit, in der sich die künftigen Ereignisse vorbereiten, unsere Intervention von entscheidender Bedeutung sein kann. Nur wenn wir an diesen Prozessen teilnehmen, wenn diese noch in den Kinderschuhen stecken, können wir sie auch dann noch beeinflussen, wenn ihre Resultate allgemein sichtbar werden. Wenn wir erst intervenieren, wenn der Klassenkampf sichtbar ist, dann ist es schon zu spät.

67. Gerade in der kommenden Periode gilt es die marxistische Strömung in den Jugendbewegungen, in der SJÖ und in den Gewerkschaften weiter zu verankern, um beim Anbruch größerer Ereignisse imstande zu sein, die Avantgarde der Jugend und der ArbeiterInnenbewegung für ein marxistisches Programm und für den Aufbau einer revolutionären Massenströmung in Österreich und international gewinnen zu können.

Wien, 25.2.2006